

„... als ob es den Frieden auf Erden wirklich gibt“ (Die Toten Hosen, Nur auf Besuch)

Nora Bossong, Dr. Florian Keisinger

Wer wäre nicht von Herzen gern Pazifist? Aber wenn man von Menschen hört, die ohne ihr eigenes Verschulden in Kriegssituationen geraten und die sich von der Welt im Stich gelassen fühlen, die nichts anderes mehr tun können als zu beten, weil ihre weltlichen Bitten zu nichts führen, wenn man sich die Mächteverschiebung in der Welt ansieht und das Erstarken autoritärer und diktatorischer Regierungsformen, dann kann man nicht anders als zu der Überzeugung zu gelangen, dass Pazifismus in der Welt von heute anders gedacht werden muss – und dass die radikale Enthaltbarkeit bei gewaltvollen Konflikten ein deutsches und womöglich auch ein weltfremdes Privileg ist. Verantwortung, so scheint uns, sieht anders aus, und Neutralität verrät sich selbst, wenn sie dazu beiträgt, die Position des Aggressors zu stärken.

Diese Überzeugung hatten wir nicht immer. In unserer Generation, geboren 1982 und 1979, war der abschätzige Blick auf die Bundeswehr und alles Militärische eher der Normalzustand als die Ausnahme. Wer sich für das Pflichtjahr als Wehrdienstleistender entschied, anstatt in einem standardisierten Dreizeiler „aus Gewissensgründen“ zu verweigern, wurde nicht nur in linken Kreisen schief angesehen und gehörte seit den 2000er-Jahren sogar einer Minderheit an. Als oft gehörte Begründung, Ausrede oder Entschuldigung wurde genannt, immerhin könne man bei der Bundeswehr den LKW-Führerschein machen.

Die reflexhafte Ablehnung alles Militärischen war jedoch nicht allein dem Zeitgeist und unserer Wahrnehmung einer immer friedlicheren und wohlhabenderen Welt geschuldet, in der – so die Überzeugung – sich der Frieden schon erhalten ließe, wenn eine Seite nicht zu den Waffen greife. Auch der desaströse Zustand, in dem sich die

Bundeswehr über Jahrzehnte hinweg befand, trug zunehmend dazu bei. Die Wahrnehmung basierte zum einen auf Medienberichten, in denen die Fähigkeiten und die Moral der Truppe regelmäßig infrage gestellt wurden. (Derlei Berichte findet man übrigens bis wenige Tage vor der sogenannten Zeitenwende, dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Als letzter Ausruf in diesem Sinne blieb insbesondere der LinkedIn-Post von Generalleutnant Mais, Inspekteur des Heeres, in Erinnerung, der am Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine die Bundeswehr als „mehr oder weniger blank“ bezeichnete). Zum anderen – und das dürfte sogar der schwerwiegendere Faktor gewesen sein – durch die persönlichen Berichte all jener, die sich dafür entschieden hatten, ihren Grundwehrdienst abzuleisten. Diese lauteten nämlich nahezu unisono, dass die ersten vier bis sechs Wochen Grundausbildung durchaus körperlich fordernd gewesen seien (erweitertes Sportprogramm), die anschließenden neun bis 14 Monate hingegen (je nach Geburtsjahrgang) vor allem mit Nichtstun und Alkoholkonsum verbracht worden seien.

Wer die Dimension der Zeitenwende, die Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022, drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, im Deutschen Bundestag ausgerufen hat, vollständig erfassen will, muss sich vor Augen führen, dass Campino, der Sänger der Punkband Die Toten Hosen, kürzlich in einem Interview verkündet hat, er bereue es mittlerweile, seinen Grundwehrdienst verweigert zu haben.

Dass sich das in den Jahrzehnten vor und nach Ende des Kalten Krieges in Deutschland manifestierte Bild eines eher unreflektierten Pazifismus derzeit grundlegend wandelt, dürfte außer Frage stehen. Vielen Grünen ergeht es mittlerweile wie Campino. Wer die Erkenntnis nicht bereits aus der Geschichte mitgenommen hat, bekommt sie spätestens seit Februar 2022 mit voller Wucht tagtäglich in den Medien präsentiert: Einseitiger Pazifismus ist keine tragfähige Positionierung in einer Welt, in der Autokraten und Diktatoren unverhohlen ihren Macht- und Expansionsanspruch mit militärischen Mitteln durchzusetzen suchen.

Der von Russland vom Zaun gebrochene Krieg gegen die Ukraine verdeutlicht diese Einsicht in brutaler Weise. Zumindest könnte man das meinen. Doch gibt es in Deutschland auch weiterhin eine vermeintlich

Einseitiger Pazifismus ist keine tragfähige Positionierung in einer Welt, in der Autokraten und Diktatoren unverhohlen ihren Macht- und Expansionsanspruch mit militärischen Mitteln durchzusetzen suchen.

friedliebende, durchaus heterogene Gruppe von russlandnahen Rechten bis zu NATO-skeptischen Linken, von Querdenkerinnen und Querdenkern über Althippies bis zu Intellektuellen, die sich wortmächtig dafür aussprechen, „ganz viel zu reden“, um die russische Aggression schnellstmöglich zu beenden. Kernbotschaft: Frieden schaffen ohne Waffen. Auch um den Preis, dass dadurch die Ukraine in ihrer territorialen Integrität ein weiteres Mal beschnitten wird.

Dass ein solches Appeasement mittel- und langfristig zum Erfolg führen wird, nämlich der Aufrechterhaltung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung, ist mehr als fraglich. Bereits der russische Krieg gegen Georgien 2008 sowie die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 haben gezeigt, dass ein westliches Wegdücken nicht zur Befriedung des russischen Expansionsdranges beiträgt, sondern im Gegenteil diesen nur weiter anstachelt. Unsere östlichen Nachbarn und allen voran Polen warnen daher mit Nachdruck vor einem Vermittlungsfrieden, von dem unterm Strich die russische Seite profitierte. Und fürchten, dass ein solcher lediglich das Präludium zu weiteren kriegerischen Aktionen des Kremls sein würde, diesmal jedoch gerichtet gegen die östlichen EU-Staaten. Dass derlei Sorgen berechtigt sind, zeigen nicht nur die vergangenen Jahre, sondern auch die Wortmeldungen russischer Politiker, die unverhohlen darauf drängen, die im Zuge der Friedlichen Revolution 1990/91 verlorenen Gebiete der einstigen Sowjetunion für Russland zurückzuerobern.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Deutschland kalt erwischt, als Gesellschaft, aber gerade auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Binnen Tagen wurde den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Berlin bewusst, dass sich die seit Jahrzehnten praktizierte Passivität Deutschlands in militärischen Belangen nicht weiter aufrechterhalten lasse. Die Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers steht hierfür sinnbildlich. Nicht nur werden jetzt die Mittel für das Militär in Deutschland drastisch erhöht, auch der Export schwerer Waffen an eine Kriegspartei, die Ukraine, steht auf dem Tableau – wenngleich dieser vielen Beobachterinnen und Beobachtern nicht umfassend und schnell genug erfolgt.

Der russische Überfall auf die Ukraine dürfte die Art und Weise, wie wir in Deutschland über Krieg und Militär nachdenken, stärker beeinflusst haben als jedes andere Ereignis seit Ende des Kalten Krieges. Und er hat die lange ausschließlich theoretisch diskutierte Frage der deutschen Verantwortung in der Welt ganz konkret ins Zentrum deutscher Politik gerückt, unter ausdrücklicher Einbeziehung auch der militärischen Komponente. In seiner Bedeutung könnte diese Entwicklung die Westbindung Deutschlands nicht nur stärken, sondern sogar neu begründen – nach Jahrzehnten des politischen, strategischen und auch ökonomischen Lavierens zwischen Ost und West.

So richtig und wichtig die Friedensbewegung in den 1980er-Jahren war, so kurzsichtig ist es, die gleichen Parolen in einer heute grundlegend veränderten Welt zu wiederholen. Dies bedeutet in keiner Weise, geschichtsvergessen zu werden, im Gegenteil. Das „Nie wieder“ muss bundesdeutscher Politik in besonderem Maße als Verpflichtung gelten. Es darf aber nicht in der Sphäre der guten Vorsätze bleiben, sondern muss in die Wirklichkeit übersetzt werden. Dafür gab es immer wieder neue Ansätze, von einer Entmilitarisierung Deutschlands, über die Friedensbewegung bis zu Joschka Fischers Rede zum NATO-Einsatz im Kosovo war es ein weiter Weg und heute sind wir konfrontiert mit der Frage, ob wir es autokratischen, antidemokratischen und antiliberalen Ländern überlassen wollen, die Sicherheitssysteme der Zukunft zu entwickeln und zu produzieren oder zumindest darin tonangebend zu sein.

Wir blicken auf eine Weltgemengelage, in der autoritäre Staaten völlig selbstverständlich wieder auf das Recht des Stärkeren setzen. Neben Russland betrifft das vor allem China, das sukzessive seinen Einfluss im südchinesischen Meer ausweitet und dabei selbstverständlich auch auf militärische Mittel mindestens als Drohkulisse zurückgreift; in der die zunehmende Globalisierung die Verzahnung der Konflikte ebenso wie den Wettkampf um Ressourcen stetig steigert; und in der die wachsende Automatisierung der Kampfhandlungen diese zum einen beschleunigt, zum anderen die Frage aufwirft, wo das menschliche Entscheidungsmoment bleibt und wie ethische Standards bereits im Entwicklungsprozess implementiert werden können. Eine Gemengelage, in der autoritäre Staaten – Russland und China sind hier lediglich die mächtigsten Vertreter, zahlreiche weitere Akteure weltweit kommen hinzu – zu weltpolitisch führenden Mächten

heranwachsen, während die USA ihre Vormachtstellung einbüßen und je nach innenpolitischer Konstellation sogar Gefahr laufen, ein irrlichternder Bündnispartner zu sein.

Wo aber steht Europa und insbesondere Deutschland als eine der größten Wirtschaftsmächte und eine der derzeit stabilsten Demokratien in diesem Szenario? Wie könnte, wie sollte unser Land sich positionieren? Die Antwort kann nicht einfach ein „Weiter so“ sein, eine Fortsetzung der deutschen Passivität. Das Argument, keine Waffen an die Ukraine zu liefern, weil Deutschland im Zweiten Weltkrieg Russland verwüstet hat, ist zu kurz gegriffen – Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg auch die Ukraine verwüstet. Die Antwort kann aber auch nicht sein, die eigenen ethischen Standards etwa bei der Rüstungsproduktion signifikant herabzusetzen, um auf diese Weise konkurrenzfähig zu bleiben mit skrupellosen Staaten oder dem neokolonialen Wettlauf, um afrikanische Bodenschätze nachzueifern.

Die Lösung kann nur in multilateraler Partnerschaft bestehen. Zum einen auf globaler Ebene, auf der wir mit europäischer Arroganz nicht gut beraten wären, sondern nur eine wirklich kooperative Zusammenarbeit, insbesondere mit unserem Nachbarkontinent Afrika, die eine realistische Alternative zu den hegemonialen Bestrebungen Chinas bildet. Dass es dabei keine Pauschale geben kann, die für demokratische Länder wie für Diktaturen gleichermaßen gilt, ist klar. Ebenso klar ist, wie schwierig es gerade dadurch wird. Zum anderen auf europäischer Ebene, wo allein eine gemeinsame sicherheitspolitische Strategie und Entwicklung Sinn ergibt. Betrachten wir nur das so unterschiedliche militärische Selbstverständnis Frankreichs im Vergleich zu dem von Deutschland, wird deutlich, dass schon diese enge Partnerschaft nicht ohne Konflikt verlaufen wird. Ein Beispiel: Den Sitz des UN-Sicherheitsrates von Frankreich auf lange Sicht auf die EU zu übertragen, wird in der französischen Gesellschaft von ganz links bis ganz rechts abgelehnt.

Europäischer Kollaboration bedarf es auch in Rüstungsfragen. Derzeitige Großprojekte gehen in diese Richtung, wenngleich es bei der Durchführung sowohl politisch als auch industriell immer wieder zu Verzögerungen kommt. Dass derlei Projekte technologisch auf dem neuesten Stand entwickelt werden und die Augenhöhe mit vergleichbaren Systemen in den USA oder China suchen müssen, versteht sich

Das „Nie wieder“ muss bundesdeutscher Politik in besonderem Maße als Verpflichtung gelten; es darf aber nicht in der Sphäre der guten Vorsätze bleiben, sondern muss in die Wirklichkeit übersetzt werden.

von selbst, sonst wären sie ein besonders schwerwiegender Fall für den Bund der Steuerzahler, der regelmäßig die größten Beispiele für die Verschwendung von Steuermitteln in Deutschland dokumentiert. Das bedeutet, dass der Einsatz von neuen Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI), die zu einer weitreichenden Automatisierung der Waffensysteme führen, eingehend erörtert und kritisch diskutiert werden müssen – auch mit der zivilen Öffentlichkeit.

Hier gilt es, einen europäischen Weg zu finden, der unterschiedliche Positionen einbezieht. Eine differenzierte Herangehensweise berücksichtigt dabei neben technologischen und sicherheitspolitischen zugleich rechtliche, ethische sowie normative Aspekte. Ziel sollte die Entwicklung eines normativen Rahmens sein, der in der Anwendung von KI in Waffensystemen die menschliche Kontrolle sowie die Einhaltung ethischer Standards im Sinne unserer europäischen Werte gewährleistet und zugleich den sicherheitspolitischen und operativen Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt. Zu letzterer gehört, dass Deutschland und Europa in der Lage sein müssen, Angriffe mit KI-unterstützten Waffensystemen abzuwehren. Der generelle Verzicht auf KI wäre dagegen ein falsches Signal, sowohl was die eigene Verteidigungsfähigkeit als auch den Schutz der Soldatinnen und Soldaten anbelangt.

Abschließend zwei weitere Punkte, die eine Minimalvoraussetzung dafür sind, der Bundeswehr sowie dem Militärischen insgesamt eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen:

Das eine betrifft die Auswahl der Bundeswehrbewerberinnen und -bewerber. In Anbetracht des historischen Erbes, das die Bundeswehr als erste deutsche, an die freiheitlich demokratische Grundordnung gebundene Armee zwangsläufig mit sich trägt, kann sie sich in keiner, in *absolut* keiner Weise erlauben, rechtsradikales und/oder antisemitisches Gedankengut in ihren Reihen zu haben oder gar zu dulden. Es dürfen nie wieder Bilder um die Welt gehen, auf denen deutsche Soldatinnen oder Soldaten den Arm zum Hitlergruß heben. Eine deutsche Armee, die das nicht in den Griff bekommt, wäre eine Verhöhnung der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen. Ihr würde aus gutem Grund weltweit keine Akzeptanz zukommen.

Das andere betrifft die Frage der Rüstungsexporte, ein in Deutschland sowohl politisch als auch gesellschaftlich weiterhin (und zu Recht) hochsensibles Thema. Skandale um Waffen, die trotz Verbot in Kolumbien, Kasachstan oder Mexiko auftauchten, sind unverzeihlich, denn sie kosten Menschenleben. Auch hier muss der zu schaffende Rahmen ein europäischer sein, allerdings so gestaltet, dass er auch in Deutschland von einer Mehrheit der Gesellschaft verstanden und mitgetragen werden kann.

Als der Philosoph Immanuel Kant 1795 seine Überlegungen *Zum ewigen Frieden* zu Papier brachte, gab es noch keine Langstreckenraketen, keine Luftwaffenangriffe über weite Distanzen hinweg. Eine Staatsgrenze war jene, an der die eine Truppe auf die andere stieß. Die Welt von heute ist eine andere, auch wenn unsere westlichen Überlegungen zu Krieg und Frieden noch in der Aufklärung verwurzelt sind.

Wir befinden uns womöglich an einem ähnlichen Punkt wie jenem, an dem Kant seine Schrift veröffentlichte, in einer Weltsituation, in der eine Vision von Friedensmöglichkeiten neu formuliert werden muss. In Kants Schrift handelte es sich beim „ewigen Frieden“ übrigens um den Namen einer Gastwirtschaft, auf deren Schild ein Kirchhof gemalt war – womit der Philosoph selbst schon andeutete, dass es den „ewigen Frieden“ womöglich nur im Jenseits gibt.

Dennoch, der ewige Frieden muss als Hoffnung im Diesseits bleiben. Es wird in der Realität aber wohl kein ewiger, sondern im besten Fall ein stabiler Frieden sein. Um an dieser Stabilität mitzuwirken, muss die Bundeswehr nach Jahrzehnten der Vernachlässigung und des an den Rand Drängens durch Politik und Gesellschaft wieder ein integraler Bestandteil deutscher Wirklichkeit werden.